

Seehofer: Krankheiten richten sich nicht nach der Ökonomie

Auf Einladung waren auch Vorstandsmitglieder der Sächsischen Landesärztekammer bei einem Gespräch mit dem Gesundheitsexperten Horst Seehofer (CSU) in Dresden. Am 12. März 2003 stellte Herr Seehofer fest, dass er durch seine schwere Erkrankung im letzten Jahr eine veränderte Sichtweise auf die Tätigkeit der Heilberufe bekommen hat. „Alle leisten einen segensreichen Dienst, dies kann ich heute aus eigener Erfahrung sagen. Ich möchte niemanden eine Erkrankung wünschen, doch es wäre für so manch anderen Politiker gut, wenn er die Leistungen von Schwestern, Pflegern und Ärzten einmal in Anspruch nehmen müsste. Denn dann würde sich auch seine Betrachtungsweise stark verändern und die politischen Diffamierungen hätten ein Ende“. Und er ist noch zu weiteren Einsichten gekommen. Denn nach seiner heutigen Auffassung bringen Budgetierungen im Gesundheitswesen nicht die Lösung der Probleme. Dagegen muss es in der Zukunft mehr Eigenverantwortung bei den Patienten geben. Dazu gehört aber auch ein größeres Mitspracherecht von Patientenvertretern und Selbsthilfegruppen bei politischen Entscheidungen. Zudem besteht für Herrn Seehofer im Gesundheitssystem kein Qualitäts- sondern ein Finanzierungsproblem. Krankheiten richten sich nicht nach der Ökonomie, und so ist es für ihn unsinnig mit der Arbeitslosigkeit zu



Gesundheitsexperte der CSU, Horst Seehofer, in Dresden

argumentieren. Denn das würde bedeuten, je höher die Arbeitslosigkeit, umso weniger finanzielle Mittel würden für die Gesundheit bereit gestellt. Damit wäre das soziale System in Deutschland am Ende. Herr Seehofer plädiert für eine stärkere Eigenbeteiligung der Patienten, um neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Vorstellen könnte er sich eine Versicherung von Mindestleistungen und eine

Zusatzversicherung durch die Patienten für Zusatzleistungen. Eine entschiedene Absage erteilte der Gesundheitsexperte den immer wieder angeführten internationalen Vergleichen, wenn es darum geht, das Deutsche Gesundheitssystem schlecht zu reden. „Diese Vergleiche bringen gar nichts, weil sie auf vollkommen unterschiedliche Parametern beruhen und zumeist nichts über die Lebensqualität aussagen“. Nachdrücklich forderte Herr Seehofer den Abbau der Bürokratie im Gesundheitswesen und spricht sich gleichzeitig gegen das geplante Zentrum für Qualität in der Medizin aus, welches die SPD am liebsten in Dresden ansiedeln will. Qualitätsstandards durchzusetzen ist Sache der Mediziner. Unter zwei Bedingungen will die Union mit der SPD zusammenarbeiten: Erstens muss die Gesundheitsreform aus einem Guss sein. Und zweitens muss Schluss sein mit der Planwirtschaft in Form der Budgetierung. Ganz andere Töne waren zwei Tage später aus Berlin zu hören. Der Bundeskanzler lobte zwar einerseits die Qualität des deutschen Gesundheitswesens, verlangte aber auf der anderen Seite die Schaffung eines „unabhängigen“ Zentrums für Qualität in der Medizin und mehr Wettbewerb. Das bedeutet für die SPD insbesondere Einzelverträge zwischen Ärzten und Krankenkassen sowie „das Vertragsmonopol der Kassenärztlichen Vereinigungen aufzubrechen“.



Auf Einladung von Friederike de Haas (re.) war auch der Sächsische Wirtschaftsminister, Dr.-Ing. Matthias Röföler, im Podium

In mehreren Punkten scheint sich die Position von Herrn Schröder dem der CDU angenähert zu haben. Erstens will er Privatunfälle weiterhin in der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) belassen. Und zweitens soll der Leistungskatalog der GKV nach versicherungsfremden Leistungen überarbeitet werden. Übereinstimmung gibt es auch bei differenzierten Praxisgebühren. Die Bundesgesundheitsministerin dürfte über diese Aussagen nicht erfreut sein. Denn ihr Standpunkt zu Praxisgebühren und Privatunfällen war bisher ein deutlich anderer. Was bei beiden Parteien immer noch fehlt, ist ein klares Konzept zur Umsetzung der sogenannten Reformen. Und der Vollständigkeit halber muss noch hinzu gefügt werden, dass die Rede „Agenda 2010“ von Herrn Bundeskanzler Gerhard Schröder wirklich nicht der große Wurf gewesen ist, denn etwas wirklich Neues aus der Gesundheitspolitik gab es nicht zu hören.

kö